# Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Postbezug monat. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 1a; Fernruf: 219361—219366

Postsch.: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 247 × Donnerstag, 21. Oktober 1937 45. Jahrgang


# Gijon von Francos Truppen genommen

**Ueberraschende Einigung im Nichteinmischungsausschuß — Auflösung der Danziger Zentrumspartei — Rosenberg vor den deutschen Beamten**

## Prag „beschwert" sich!

Prag hat sich in Berlin durch seinen Gesandten feierlich beschwert. Beschwert über die Haltung der deutschen Presse und den Ton, mit dem die deutschen Zeitungen die Vorgänge in Teplitz-Schönau behandelt hätten. Diese Beschwerde ist kein Scherz, sondern eine amtliche Tatsache.

Der deutsche Reichsaußenminister hat dem Gesandten Masiny die gebührende Antwort gegeben und hat ihm zu Gemüte geführt, daß ein solcher Protest angesichts des Charakters der in Teplitz vorgekommenen polizeilichen Uebergriffe fehl am Platz sei. Die Erregung der deutschen Oeffentlichkeit sei die natürliche und selbstverständliche Folge der schweren Ausschreitungen staatlicher Organe gegen das Sudetendeutschtum. Wenn man eine solche Reaktion der deutschen Presse, wie in den letzten Tagen, vermeiden wolle, dann müsse man in Prag in erster Linie dafür Sorge tragen, daß kein Anlaß zu solchen Aeußerungen gegeben wird.

Es ist ein aus dem Privatleben wohl jedermann bekannter Trick: Wenn irgendwer in einem Betrieb oder in einer Familie etwas verbrochen oder verschuldet hat und er in scharfer Weise auf diese Verfehlung aufmerksam gemacht wird, dann kehrt er, falls ihm keine wirklich zugkräftige Entschuldigung zur Verfügung steht, gern den Spieß um und beschwert, sich seinerseits über den Ton, mit dem man ihm seine Verfehlung vorhält. Mit großer Geschicklichkeit pflegt er dann an die Stelle einer Untersuchung des Vergehens oder Verschuldens die Diskussion über den „Ton" zu schieben, mit dem er zur Rede gestellt wurde.

Den gleichen Trick versucht man jetzt in Prag. Man beschwert sich in Berlin über den „Ton", mit dem die deutsche Presse die tschechische Herausforderung beantwortete und läßt die in der tschechoslowakischen Hauptstadt ansässigen französischen und englischen Korrespondenten beweglich über den „Pressefeldzug" klagen, den die bösen deutschen Zeitungen wieder einmal gegen die arme unschuldige kleine Tschechoslowakei eingeleitet hätten.

Wenn in Prag eine Ausstellung stattfindet, in der die führenden Staatsmänner des Deutschen Reiches in der gemeinsten Weise beschimpft und besudelt werden, und wenn sich Deutschland ein derartiges Vorgehen nicht schweigend gefallen läßt, so zetert man in der tschechischen Presse dann über die Angriffe der deutschen Presse und tut in diplomatischen Kreisen außerordentlich verwundert, daß eine so grobe Provokation in Deutschland eine sehr massive Antwort findet.

Das gleiche gilt in noch höherem Maße von den Vorgängen in Teplitz-Schönau, wo sudetendeutsche Abgeordnete in der scheußlichsten Weise mit Gummiknüppeln und Fußtritten traktiert worden sind. In der Tschechoslowakei und in der von ihr informierten englisch-französischen Presse findet man kein Wort des Bedauerns über diese unerhörten Vorgänge, sondern lediglich Klagen darüber, daß sich die deutsche Presse der verfolgten deutschen Volksgenossen in Sudetendeutschland annimmt.

In Prag ist noch niemand über die wahren Vorgänge in Teplitz-Schönau unterrichtet. In den tschechischen Blättern erscheinen nur die gefärbten amtlichen Berichte. Die „Zeit" aber, das Organ der Sudetendeutschen, erschien am Tage nach den Zwischenfällen in ihrem politischen Teil mit lauter weißen Zensurlücken und nur einem beinahe komisch wirkenden kümmerlichen Restchen Text. Diese Nummer der „Zeit" ist ein historisches Dokument. Seit den Tagen der vormärzlichen Metternichdiktatur hat der Rotstift des Zensors wohl kaum brutaler gewütet. Wohl kaum auch dümmer!

Die Tschechen sollten aus ihrer eigenen Geschichte gelernt haben, daß mit Metternich-Methoden ein lebendiges Volkstum auf die Dauer nicht zu unterdrücken ist. Wir wollen den Tschechen ihre Selbständigkeit, ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Entwicklungsmöglichkeiten ganz sicher nicht nehmen, aber wir verlangen das gleiche Recht für unsre sudetendeutschen Brüder. Und es wird und kann so lange keine Ruhe in Mitteleuropa geben, bis dieses Recht, dieses selbstverständliche Lebensrecht, erkämpft ist.

Th. Sch.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 3)

## Flucht der Bolschewistenanführer

**Roter Pöbel steckte die Stadt in Brand**

× Paris, 21. Oktober

**Nach Donnerstagmittag in Paris eingetroffenen Nachrichten hat sich die Stadt Gijon Donnerstag früh den nationalspanischen Truppen ergeben.**

**Die nationalen Truppen hatten heute morgen die Außenbezirke der Stadt unter Feuer genommen. Obwohl die Bolschewisten vor der Stadt neue Stellungen bezogen hatten, war angesichts der Zustände in Gijon nicht mehr mit ernstem Widerstand zu rechnen.**

**Nach den großen Erfolgen der nationalen Truppen in Asturien hat eine wilde Flucht der Bolschewisten aus Gijon eingesetzt. Sechs rote Flugzeuge, darunter vier Bomber, aus Gijon sind gestern in Biarritz und bei Cap Breton gelandet, mit sowjetspanischen Oberhäuptlingen an Bord, und auf einem Flugzeug der französischen, in kommunistischem Besitz befindlichen Flugverkehrsgesellschaft „Air Pyrénées" entflohen ein sowjetrussischer General mit drei sowjetrussischen Offizieren von Gijon nach Biarritz. In Gijon herrschte in den letzten Tagen vollkommene Anarchie. Der bolschewistische Pöbel durchzog plündernd und brandstiftend die Straßen der Stadt. Zahlreiche Gebäude stehen in Flammen. An mehreren Stellen war es zu Straßenkämpfen gekommen.**

*

Diese Aussagen aus dem Munde der Bolschewisten selbst sind wohl eindeutig genug; dennoch bringen es französische Marxistenblätter fertig, eine Meldung zu bringen: „Faschistische Flugzeuge stecken Gijon in Brand", um damit die Greuellüge in die Welt zu setzen, daß die von den Bolschewisten angelegten Brände in der Stadt von „deutschen oder italienischen Fliegern" verursacht worden seien. Wieder ein Beispiel von Brunnenvergiftung übelster Art, die von dem bolschewistischen Büttel in Gijon ablenken soll, aber zu durchsichtig ist, um nicht alsbald erkannt zu werden.

# Entspannung in London

**Neuer Friedensbeitrag Italiens und Deutschlands — Moskau kündigt neue Quertreibereien an**

Telegramm unsres Korrespondenten

St. London, 21. Oktober

**Der tote Punkt in der Nichteinmischungspolitik ist vorläufig überwunden. In der mit Spannung erwarteten Sitzung des Nichteinmischungsausschusses am Mittwoch ist eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Die Wendung ist einzig und allein der großzügigen und friedenswilligen Haltung Italiens zu verdanken. Graf Grandi erklärte sich bereit, an einer Regelung der Freiwilligenfrage im Sinne des englischen Planes vom Juli und des neuen französischen Planes mitzuarbeiten. Seinem Vorschlag gemäß soll ein Ausschuß nach Spanien gesandt werden, um die notwendigen Schritte vorzubereiten. Der Nichteinmischungsausschuß tritt Freitagnachmittag wieder zusammen. Bis dahin soll der englische Außenminister Eden, der wahrscheinlich zunächst den Vorsitz beibehält, die gestrige grundsätzliche Einigung in die Form eines konkreten Vorschlags bringen.**

**Ueber den Verlauf der Sitzung wird bekannt, daß die Einigung bereits in der ersten halben Stunde zustande kam.**

### Graf Grandi

gab zu Beginn eine Erklärung ab, in der es heißt, Italien erkläre sich damit einverstanden, eine internationale Kommission zu beauftragen, die Rückführung der Freiwilligen zu überwachen und durchzuführen. Die Kommission solle unverzüglich nach Spanien entsandt werden, um die genaue Zahl der dort kämpfenden nichtspanischen Freiwilligen festzustellen. Zweitens erklärte Grandi, Italien sei ebenfalls bereit, im Geiste der Verständigungsbereitschaft und um die Grundlage für ein neues Abkommen zu finden, den besten Weg zu erwägen, um den Maßnahmen zu praktischer Wirksamkeit zu verhelfen, die im britischen Plane enthalten sind, nämlich zu entscheiden, in welchem Augenblick und in welcher Art die Rechte kriegführender Mächte den beiden Parteien in Spanien zuerkannt werden sollten. Grandi erklärte jedoch nochmals, daß Italien mit der sofortigen „symbolischen" Zurückziehung einer geringen Anzahl von Freiwilligen, die sofort durchgeführt würde, einverstanden sei, sofern auf beiden Seiten die absolut gleiche Zahl zurückgeführt würde. Der deutsche Vertreter, Gesandter Woermann, unterstützte die Vorschläge Grandis und faßte den

**deutschen Standpunkt**

**in vier Punkten zusammen. Ihr Inhalt ist:**

**1. Deutschland nimmt die Anregung an, an beide spanische Parteien wegen der sofortigen Zurückziehung einer gewissen Zahl von Freiwilligen heranzutreten. Auf beiden Seiten müßte die Zahl gleich groß sein.**

**2. Deutschland hält eine schnelle Entscheidung über die Zuerkennung kriegführender Rechte für notwendig, macht diese Frage aber nicht zur Vorbedingung für den erwähnten Schritt bei den spanischen Parteien.**

**3. Deutschland verlangt Wiederherstellung der Kontrolle auf der Grundlage des Planes von van Dulm-Henning. Der hierfür eingesetzte Unterausschuß sollte seine Arbeit wiederaufnehmen, um in wenigen Tagen zu einer Einigung zu gelangen.**

**4. Deutschland stimmt zu, daß ein Ausschuß nach Spanien entsandt wird, der die nötigen Vorbereitungen für die Weiterbehandlung der Freiwilligenfrage trifft.**

Der sowjetrussische Botschafter Maiski stimmte, genau wie im August, als einziger Ausschußvertreter den Vorschlägen nicht zu. Alle übrigen Ausschußvertreter

**begrüßten den neuen Friedensbeitrag, den Deutschland und Italien geleistet haben.**

Die eigentlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen, die auch dazu führten, daß die Sitzung ziemlich in die Länge gezogen wurde, entstand erst, als es darum ging, eine Verlautbarung für die Presse herzustellen. Es begannen lange Erörterungen, ob man eine formale Entschließung veröffentlichen oder nur ein Kommuniqué herausgeben will. Da sich herausstellte, daß nicht in allen Punkten Klarheit über das Ausmaß der Einigung bestand, begnügte sich der Ausschuß schließlich mit einem Kommuniqué, in dem nicht eine sachliche Aufzählung der Fragen enthalten ist, sondern nur gesagt wird, daß der Vorsitzende des Ausschusses erwägen solle, wie die Fragen und Vorschläge, die zur Erörterung standen, in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten. Die Bedeutung der Einigung besteht darin, daß in ihr eine Rückkehr der europäischen Mächte zum ursprünglichen britischen Plan erfolgt ist, der infolge des Verhaltens der Sowjetunion im August so gut wie völlig preisgegeben worden war. Infolge des toten Punktes, auf dem die Verhandlungen im Nichteinmischungsausschuß seinerzeit angekommen waren, habe die englische und die französische Regierung bekanntlich den Versuch unternommen, die Freiwilligenfrage in Spanien außerhalb des Gremiums der Nichteinmischungsmächte in einer Dreimächtekonferenz zu einer Lösung zu bringen. Gegenüber diesem Versuch ist es gelungen, die Frage in das Gremium zurückzubringen, innerhalb dessen sie allein mit Aussicht auf Erfolg gelöst werden kann, nämlich in den

**Nichteinmischungsausschuß.**

Eine Rückkehr zu dieser Linie, die von Italien und Deutschland konsequent verfolgt worden ist, kann also nicht, wie zum Teil in irreführender Weise in der ausländischen Presse behauptet wird, als eine sensationelle Aenderung der Haltung Italiens und Deutschlands angesehen werden. Mit den letzten Beschlüssen im Nichteinmischungsausschuß ist übrigens noch

**keineswegs eine restlose Lösung der Freiwilligenfrage**

erfolgt. Der Nichteinmischungsausschuß muß seine Beschlüsse einstimmig fassen. So lange die Zustimmung Sowjetrußlands zu den am Mittwoch ins Auge gefaßten Vorschlägen nicht einwandfrei feststeht, wäre es also verfrüht, von einem vollständigen Wandel der Lage zu sprechen.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)

## Im Brennspiegel

### Die Einigung in London

In London und Paris atmet man hörbar erleichtert auf. Obwohl die Chancen gegen eine Einigung im Nichteinmischungsausschuß gestern nachmittag noch 1:100 oder, um den von Moskau ganz besonders gut unterrichteten „Daily Herald" zu zitieren, 1:1000 standen, ist gestern abend dennoch eine Einigung erzielt worden. Nur haben die Westmächte wenig Anteil daran, daß der Ausschuß über den toten Punkt hinwegkam. Dieses Ergebnis wurde vielmehr erzielt durch ein außerordentlich großzügiges Angebot Mussolinis.

Italien hat durch den Mund Grandis auf der Grundlage des englisch-französischen Planes eine Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht, die dem Ausschuß aus der Sackgasse herushalfen. Italien stimmte der Zurückziehung der Freiwilligen zu, deren Zahl durch eine neutrale Kommission festgestellt werden soll. Damit entkräftet Rom in der denkbar klarsten und eindeutigsten Weise die in der englischen und französischen Presse geäußerten Verdächtigungen und Unterstellungen. Denn man hatte in jenen Kreisen, ohne auch nur die Spur eines Beweises zu haben, die in Rom amtlich bekanntgegebene Ziffer von 40 000 italienischen Freiwilligen auf spanischem Boden in Zweifel gezogen. Die von Italien selbst vorgeschlagene neutrale Kommission wird ja jetzt Gelegenheit haben, die italienischen Angaben nachzuprüfen. Ferner soll die Kommission auf Grund ihrer Eindrücke feststellen, wann eine Gewährung der Kriegsrechte an beide Parteien in Frage komme. Schließlich ist Rom bereit, in eine sofortige „symbolische" Zurückziehung einer geringen Zahl von Freiwilligen einzuwilligen, falls diese Zahl auf beiden Seiten absolut gleich groß ist. Der deutsche Vertreter hat sich diesem italienischen Vorschlag angeschlossen.

Noch sind nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Noch besteht nicht völlige Klarheit über das Ausmaß der Einigung in den Einzelheiten, noch ist ein konkreter Plan auf Grund der italienischen Anregungen nicht ausgearbeitet. Aber grundsätzlich hat man sich geeinigt und damit eine allgemeine Entspannung in Europa herbeigeführt. Das italienisch-deutsche Vorgehen ist ein neuer Beweis des festen Willens der beiden Staaten zur positiven Mitarbeit an der Erhaltung des Friedens. Eine neue Straße zum Frieden ist freigelegt worden. Es kommt nun darauf an, daß die andern Mächte diese neue Straße betreten und auf ihr mitmarschieren. Gestern waren grundsätzlich alle Staaten einig bis auf einen: der sowjetrussische Botschafter Maiski blieb draußen. Und er ist damit an dem Ort, wo er hingehört. Denn die Sowjetregierung gehört nicht in den Kreis der europäischen Großmächte.

### Die USA.-Söldner in Rotspanien

Wer erinnert sich noch der Bemerkung, die Präsident Roosevelt in seiner Rede in Chikago machte, als er den 90 Prozent der friedliebenden Menschheit die 10 Prozent gegenüberstellte, die seiner Meinung nach die Welt in Unruhe versetzten und ein Hindernis für den Frieden seien? Er sprach sich damals leider nicht klar genug darüber aus, wer diese 10 Prozent Unruhestifter eigentlich sein sollen. Klarheit darüber hat nunmehr die New Yorker Organisation „Freunde der Abraham-Lincoln-Brigade" gegeben, die Organisation der roten Freiwilligen aus USA. für die spanischen Bolschewisten. Diese Organisation veröffentlicht eine Verlustliste der in den letzten Kämpfen in Spanien gefallenen amerikanischen Bolschewisten, aus der man allerhand aufschlußreiche Tatsachen erfährt. Die sogenannte „Lincoln-Brigade" ist 3000 Mann stark und mit bestem Kampfmaterial ausgerüstet. Außer ihr kämpfen auf rotspanischer Seite noch zwei oder drei andre amerikanische Brigaden, so daß man ohne Uebertreibung die Zahl der USA.-Söldner, die in Spanien für Moskau fechten, auf 10 000 bis 15 000 Mann veranschlagen kann.

Vielleicht interessiert sich Präsident Roosevelt auch einmal für dieses „Expeditionskorps" der Vereinigten Staaten in Spanien. Er würde dann vielleicht eine genauere Erklärung darüber abgeben können, wie sich die 10 Prozent Unruhestifter, von denen er gesprochen hat, zusammensetzen. Einen Teil davon wird man jedenfalls in Rotspanien feststellen können. Die Amerikaner stellen ja innerhalb der internationalen Brigaden nur ein kleines Kontingent dar. Aber wenn dieses schon 10 000 bis 15 000 Mann umfaßt, wie hoch muß man dann erst die Zahl der für die Bolschewisten kämpfenden Franzosen und vor allem der Sowjetrussen veranschlagen! Rechnet man